



Steinbrecher, Markus: Politische Partizipation in Deutschland.  
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009. 343 S. (Studien zur Wahl- und  
Einstellungsforschung) € 50,50, sFr 83,30  
ISBN 978-3-8329-3928-1

*Rezensiert von Alfred Auer*

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des  
österreichischen Lebensministeriums für [www.partizipation.at](http://www.partizipation.at)

### **Partizipationsformen jenseits von Wahlen**

Politische Partizipation gilt allgemein als ein essentieller Bestandteil jeder Demokratie. Im Vordergrund steht dabei der Gang zur Wahl als wichtigste Formen politischer Teilhabe. Das Forschungsinteresse der vorliegenden Dissertation gilt aber anderen Partizipationsformen, wie etwa der Beteiligung an Demonstrationen, der Mitarbeit in Bürgerinitiativen, dem Spenden von Geld an politische Parteien oder dem Boykott von Produkten aus politischen Gründen. Empirisch gesehen beteiligt sich - einmal abgesehen vom Urnengang - nur eine Minderheit der BürgerInnen an politischen Aktivitäten. Auf die Frage, warum das so ist, gibt Steinbrecher drei relativ kurze Antworten: Erstens können viele Menschen nicht teilnehmen, weil ihnen die dafür notwendigen Ressourcen (Zeit, Geld, Wissen) fehlen, zweitens wollen sich viele nicht engagieren, weil Politik sie nicht interessiert (bzw. sie nicht daran glauben, mit politischer Betätigung irgendetwas zu bewirken), und drittens fehlt vielen der Zugang zu Organisationen oder Netzwerken, in denen politisch motivierte Menschen aktiv sind.

Wie in derartigen akademischen Abschlussarbeiten üblich, geht es zunächst um eine theoretische Eingrenzung und Festlegung des Forschungsgegenstandes und anschließend um die Erarbeitung eines analytischen Rahmens für die eigentlichen empirischen Analysen und Fragestellungen. Schließlich sollen die Ergebnisse der Analyse Aufschluss über die Frage nach der Nutzungshäufigkeit politischer Partizipation sowie Auskunft über den Wandel des individuellen politischen Verhaltens geben. Zuletzt geht es mit Blick auf den steigenden Nichtwähleranteil auch darum, „zu ergründen, welche Beziehung zwischen der Beteiligung an Wahlen und der Nutzung nichtelektoraler Partizipationsformen besteht“ (S. 21).

### **Niedrige Partizipationsniveaus**

Zunächst wird die Wahlbeteiligung relativ eindeutig von den anderen Dimensionen des politischen Beteiligungsverhaltens abgegrenzt. Der Hinweis fehlt aber nicht, dass die Beteiligung, zumindest bei Landtags- und Europawahlen (1999 und 2004 nahmen weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teil) signifikant zurückgeht. Eine derart klare Entwicklung konnte allerdings bei Bundestagswahlen nicht festgestellt werden.

Bei der Analyse des Partizipationsniveaus zeigt sich, dass nichtelektorale Partizipationsformen lediglich von einer Minderheit genutzt werden. Das Potenzial für politische Aktivitäten wäre aber vorhanden, so Steinbrecher, und könnte unter bestimmten Umständen abgerufen werden. (vgl. S. 287) Möglichkeiten sieht der Autor hier u. a. auch durch die Erweiterung der politischen Beteiligung um die Dimension der sozialen Partizipation (insbesondere nach der Popularisierung des Konzeptes des Sozialkapitals).

Der Vergleich des Partizipationsniveaus zwischen Ost und West zeigt, dass bei fast allen Partizipationsformen die Westdeutschen aktiver sind, lediglich bei Demonstrationen liegen die Ostdeutschen voran. Dieses Verhalten

spiegelt sich auch bei der Betrachtung des individuellen Beteiligungsverhaltens wieder. Es gibt also nicht nur Unterschiede im Hinblick auf das Ausmaß politischer Beteiligung, sondern auch in Bezug auf die Struktur der politischen Aktivitäten zwischen Ost- und Westdeutschen. Nicht verwunderlich ist auch ein anderes Ergebnis, dass nämlich reale Partizipationsniveaus nichtelektoraler Beteiligungsformen durch Verhaltensabsichten offensichtlich deutlich überschätzt werden. Aufgrund des markanten Anstiegs des Nichtwähleranteils in Deutschland seit den 1980er-Jahren zeigt die Analyse des Verhältnisses zwischen der Beteiligung an Wahlen und den nichtelektoralen politischen Aktivitäten, dass Nichtwähler im politischen Prozess auch weniger aktiv sind. „Die aufgegriffene These vom ‚engagierten Nichtwähler‘ kann für West- und Ostdeutschland eindeutig verworfen werden.“ (S. 290)

Insgesamt konstatiert der Autor neben den Unterschieden bei den Beteiligungsformen zwischen Ost und West ein hohes Maß an politischem Interesse verbunden mit dem Wunsch nach sozialer Teilhabe, ein Befund der für Österreich ebenfalls zutreffen dürfte.

Die Darstellung zeichnet sich durch differenzierte Fragestellungen, detailreiche Einzelbefunde – zum Teil in Grafiken vermittelt –, aber zugleich durch das weitgehende Fehlen daraus ableitbarer Schlüsse zur konkreten Aktivierung politischer Teilhabe aus.

#### ZITIERT

*„Betrachtet man die nichtelektoralen Aktivitäten insgesamt, sprechen die Befunde tendenziell für eine Abnahme des Ausmaßes politischer Beteiligung bei Aktionsformen, die gemeinschaftlich ausgeübt werden und für eine Zunahme bei individuellen bzw. individualistisch motivierten politischen Aktivitäten.“ (S. 287)*



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.